

Geschäftszeichen	Eingangsstempel

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

**Antrag**

**auf Gewährung von Beschädigtenversorgung nach dem Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet – Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)**

<b>1.</b>	<b>Angaben zur Person</b>	
1.1	<input type="checkbox"/> Frau <input type="checkbox"/> Herr	
	Name, ggf. Geburtsname	Vorname
	Geburtsdatum	Geburtsort – Kreis – Land
	Staatsangehörigkeit	
	Familienstand: (Ggf. bitte Nachweis beifügen.)	
	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend	
	<input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft beendet/aufgehoben	
	Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt (Bitte Meldebescheinigung beifügen.)	
	Straße, Hausnummer	
	PLZ	Wohnort
	telefonisch tagsüber zu erreichen unter:	
	<b>Wohnsitz vor der Haftzeit:</b>	
	<b>Bei Ausländern:</b> (Bitte Aufenthaltstitel oder Niederlassungserlaubnis bzw. Aufenthaltsgestattung der Ausländerbehörde in Fotokopie beifügen, soweit vorhanden.)	
	In der Bundesrepublik ununterbrochen wohnhaft seit: _____	
	Handelt es sich um einen vorübergehenden Aufenthalt von längstens sechs Monaten? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
1.2	derzeitige Tätigkeit:	frühere Tätigkeit (vor der Haftzeit):
		frühere Tätigkeit (nach der Haftzeit):
	Sind Sie durch die geltend gemachten Gesundheitsstörungen in Ihrer Tätigkeit besonders betroffen?	
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Gründe: _____
	Sind Sie an Berufsförderungsmaßnahmen (Umschulung u. ä.) interessiert?	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, Gründe: _____
1.3	<input type="checkbox"/> Bevollmächtigte/r ODER:  <input type="checkbox"/> bestellte/r Betreuer/in * (* Bei Personen, für die ein Betreuer oder Pfleger bestellt ist.) Bitte Name, Vorname und Anschrift des Betreuers oder Bevollmächtigten angeben. (Ggf. bitte Bestallungsurkunde oder Betreuungsausweis oder Vollmacht in Kopie beifügen.)	
	Name	Vorname
	Straße, Hausnummer	
	PLZ	Wohnort

<b>2.</b>	<b>Angaben zu den rechtsstaatswidrigen strafrechtlichen Entscheidungen / Maßnahmen</b>		
2.1	Haftzeit in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone / DDR:		
		<b>von</b>	<b>bis</b>
	in		
	in		
	in		
2.3	Von welchem Bezirksgericht / Landgericht wurden Sie rehabilitiert? (Beschluss bitte beifügen)		
2.4	Datum der Rehabilitierung:		
2.5	Aus welchem Grund wurden Sie in Haft genommen, falls keine Verurteilung vorausgegangen sein sollte?		
2.6	Haben Sie eine Kapitalentschädigung erhalten? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja,      (Bitte Nachweis beifügen.)		
2.7	Wurde Ihnen eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG ausgestellt? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja,      (Bitte Bescheinigung beifügen.)		
<b>3.</b>	<b>Angaben zu Gesundheitsstörungen</b>		
3.1	Wegen welcher Gesundheitsstörungen wird Versorgung beantragt und welche Gesundheitsstörungen liegen jetzt noch vor?		
3.2	Welche Gesundheitsstörungen haben vor Eintritt des schädigenden Ereignisses bestanden?		
<b>4.</b>	<b>Angaben zum schädigenden Ereignis</b>		
4.1	Auf welches schädigende Ereignis werden die Gesundheitsstörungen zurückgeführt? (Genaue Schilderung der Ursachen mit Angabe von Zeit und Ort)		
4.2	Name und Anschrift der Zeugen		

5. Angaben zu ärztlichen und sonstigen Behandlungen sowie zur Krankenversicherung *)				
5.1	ärztliche Behandlung während der Haftzeit			
	von – bis	Genauere Bezeichnung	Grund der Behandlung	
5.2	stationäre Behandlungen wegen der unter 3.1 aufgeführten Gesundheitsstörungen nach Eintritt des schädigenden Ereignisses			
	von – bis	Name – Anschrift der Krankenhäuser	Grund der Behandlung Abteilung/Station	
5.3	sonstige ärztliche Behandlungen wegen der unter Nr. 3.1 aufgeführten Gesundheitsstörungen nach Eintritt des schädigenden Ereignisses			
	von – bis	Name – Anschrift der behandelnden Ärzte	Abteilung/Station	
5.4	Name und Anschrift des Hausarztes			
5.5	Bei welchen anderen Stellen befinden sich ärztliche Unterlagen/Gutachten über die bei Ihnen bestehenden Gesundheitsstörungen – z.B. Rentenversicherungsträger, Agentur für Arbeit, Pflegekasse -?			
	Name – Bezeichnung	Anschrift	Geschäftszeichen	
5.6	Zugehörigkeit zu Krankenkassen und Krankenversicherungen <b>vor und nach</b> Eintritt des schädigenden Ereignisses			
	von – bis	Name – Anschrift der Krankenkasse	des jeweiligen Arbeitgebers	Versicherungs-Nr.
		(Bei Familienversicherten bitte entsprechende Angaben des Hauptversicherten.)		
<input type="checkbox"/> Pflichtmitglied <input type="checkbox"/> freiwilliges Mitglied <input type="checkbox"/> familienversichertes Mitglied <input type="checkbox"/> privat versichert				

<b>6.</b>	<b>Sonstige Angaben</b>		
6.1	Name / Anschrift Ihres Rentenversicherungsträgers		
		Versicherungsnummer:	
	Beziehen Sie Unfallrente, Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder Leistungen nach dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte oder haben Sie diese beantragt?		
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Anschrift der Behörde
			GZ:
6.2	Beziehen Sie Versorgung nach beamtenrechtlichen Bestimmungen oder haben Sie diese beantragt?		
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Anschrift der Behörde
			GZ:
6.3	Haben Sie wegen der Folgen der Schädigung Anspruch auf Leistungen gegenüber weiteren Leistungsträgern (z.B. Krankenkassen, privater Krankenversicherung, Unfallversicherungsträger u.a.) oder haben Sie diese beantragt?		
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Anschrift der Behörde
			GZ:
6.4	Erhalten Sie Leistungen von sonstigen Sozialleistungsträgern (z. B. Sozialamt, Agentur für Arbeit oder aus dem Ausland) oder haben Sie diese beantragt?		
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Anschrift der Behörde
			GZ:
6.5	Haben Sie einen Antrag nach dem Schwerbehindertenrecht gestellt?		
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Anschrift der Behörde
			GZ:
6.6	Beziehen Sie bereits Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, Opferentschädigungsgesetz, Soldatenversorgungsgesetz, Zivildienstgesetz, Infektionsschutzgesetz, Häftlingshilfegesetz, Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz oder haben Sie diese beantragt?		
	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Anschrift der Behörde
			GZ:
6.7	Evtl. zustehende Leistungen sollen überwiesen werden an		
	<b>Kontoinhaber:</b>		
	<b>Geldinstitut:</b>	<b>Bankleitzahl:</b>	<b>Konto-Nr.:</b>
		<b>BIC/Swift-Code:</b>	<b>IBAN:</b>
			DE
<b>7.</b>	<b>Versicherung</b>		
	Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben der Wahrheit entsprechen und sämtliche Angaben richtig und vollständig gemacht worden sind. Ich habe bei keiner anderen Stelle einen Antrag auf Versorgung gestellt. Mir ist bekannt, dass wahrheitswidrige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können und zu Unrecht empfangene Bezüge zurückgezahlt werden müssen.		
<b>8.</b>	<b>Erklärung</b>		
	siehe Anlage		
	_____		_____
	Ort, Datum		Unterschrift

\*) Bitte verwenden Sie das beiliegende Zusatzblatt, wenn der Platz für Ihre Angaben nicht ausreicht.





Name: \_\_\_\_\_

Geschäftszeichen: \_\_\_\_\_

## Information und Erklärung zum Antrag auf Gewährung von Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären sowie dem Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG) und dem Unterstützungsabschlussgesetz (UntAbschlG)

Mir ist bekannt, dass das Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg (LASV) im Rahmen meiner Versorgungsangelegenheit nach dem Sozialen Entschädigungsrecht zur Prüfung der Schädigungsfolgen und aller in Betracht kommenden Leistungen aktuelle Angaben über meinen derzeitigen Gesundheitszustand und ggf. über meine Einkommensverhältnisse benötigt. Soweit meine Angaben und Unterlagen für eine sachgerechte Beurteilung nicht ausreichen, ist das Landesamt für Soziales und Versorgung auf weitere Unterlagen und Auskünfte der mich behandelnden Ärztinnen/Ärzte und Einrichtungen und sonstigen Stellen angewiesen, auch soweit diese von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Einrichtungen erstellt worden sind.

### 1. Übermittlung personenbezogener Daten

Ich nehme zur Kenntnis, dass das LASV meine personenbezogenen Daten (Art. 4 Nr. 1 DSGVO), insbesondere auch Gesundheitsdaten (Art. 4 Nr. 15 DSGVO), an andere Sozialleistungsträger (zum Beispiel Krankenkassen, Agenturen für Arbeit, Renten- und Unfallversicherungsträger) im erforderlichen und erlaubten Umfang für deren gesetzliche Aufgabenerfüllung oder für die Erfüllung eigener gesetzlicher Aufgaben sowie an Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit übermitteln darf. Zur eigenen Aufgabenerfüllung darf das LASV diese personenbezogenen Daten auch an sonstige Dritte (zum Beispiel zu beauftragende Gutachter) übermitteln, wenn und soweit dies erforderlich ist. Darüber hinaus darf sich das LASV personenbezogene Daten von anderen Sozialleistungsträgern übermitteln lassen, soweit diese für die eigene Aufgabenwahrnehmung erforderlich sind. Die gesetzliche Grundlage für die Übermittlung personenbezogener Daten sind Art. 6 und 9 DSGVO i.V.m. §§ 69 Absatz 1 Nummer 1 und 2 sowie § 76 Absatz 2 Nummer 1 SGB X.

Mir ist bekannt, dass ich einer solchen Übermittlung jederzeit ohne Angabe von Gründen formlos widersprechen kann.

### 2. Einwilligung- und Schweigepflichtentbindungserklärung

Sofern ich **Beschädigtenversorgung** beantragt habe bzw. soweit es für eine Entscheidung über meinen Antrag auf **Hinterbliebenenversorgung** notwendig ist bin ich damit einverstanden, dass das LASV von den von mir im Antrag bzw. im weiteren Verfahren angegebenen oder aus den überlassenen Unterlagen ersichtlichen Ärztinnen/Ärzten, Psychologinnen/Psychologen, Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, privaten Versicherungsunternehmen, Behörden, Sozialleistungsträgern (einschließlich ihrer Ärztlichen Dienste), Gerichten und sonstigen Personen und Stellen medizinische Unterlagen und Auskünfte in dem Umfang einholt, wie diese Aufschluss über meinen derzeitigen Gesundheitszustand geben können. Meine Einwilligung erstreckt sich auch auf psychische, psychoanalytische und psychotherapeutische Unterlagen und Behandlungen.

Meine Einwilligung erstreckt sich ebenfalls auf Auskünfte über meine Einkommensverhältnisse bei Arbeitgebern, Finanzämtern, Renten-, Unfall- und Sozialversicherungsträgern, Agenturen für Arbeit, Kranken- und Pflegekassen und anderen Stellen i.S.d. § 12 SGB X, sofern deren Angaben für die Entscheidung über einkommensabhängige Leistungen erforderlich sind.

Mir ist bekannt, dass die Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung **freiwillig** ist und von mir jederzeit und ohne Angabe von Gründen **widerrufen** werden kann. Eine nachträgliche Beschränkung oder ein Widerruf wirken sich allerdings nicht für die Vergangenheit, sondern nur für die Zukunft aus. Die Einwilligungs- und Schweigepflichtentbindungserklärung gilt für dieses Verfahren und für ein sich gegebenenfalls anschließendes Widerspruchsverfahren. Soweit ich damit nicht einverstanden bin, habe ich die Beschränkungen dieser Einwilligung nachstehend vermerkt. Ich weiß, dass das LASV dann nur nach Lage des Akteninhalts prüfen und dies zu einem negativen Ergebnis für mich führen kann.

**In Kenntnis dessen, entbinde ich die genannten Ärztinnen/Ärzte und sonstigen schweigepflichtigen Personen von ihrer Schweigepflicht und willige ausdrücklich in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten, insbesondere meiner Gesundheitsdaten und Daten zu meinen Einkommensverhältnissen, durch das LASV für die obengenannten Zwecke ein.**

Meine Einwilligungserklärung beschränke ich wie folgt:

- in zeitlicher Hinsicht:
- auf bestimmte Ärzte oder Einrichtungen:
- Sonstiges:

---

 Ort, Datum

---

 Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers  
 oder der gesetzlichen Vertreterin/des gesetzlichen Vertreters

## **Wortlaut Gesetzestexte**

### **§ 66 SGB I – Folgen fehlender Mitwirkung**

(1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.

(2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, anerkannten Schädigungsfolgen oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.

(3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

### **§ 69 SGB X (Auszug) – Übermittlung für die Erfüllung sozialer Aufgaben**

(1) Eine Übermittlung von Sozialdaten ist zulässig, soweit sie erforderlich ist

1. für die Erfüllung der Zwecke, für die sie erhoben worden sind oder für die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe der übermittelnden Stelle nach diesem Gesetzbuch oder einer solchen Aufgabe des Dritten, an den die Daten übermittelt werden, wenn er eine in § 35 des Ersten Buches genannte Stelle ist,
2. für die Durchführung eines mit der Erfüllung einer Aufgabe nach Nummer 1 zusammenhängenden gerichtlichen Verfahrens einschließlich eines Strafverfahrens ...

### **§ 76 SGB X (Auszug) – Einschränkung der Übermittlungsbefugnis bei besonders schutzwürdigen Sozialdaten**

(1) Die Übermittlung von Sozialdaten, die einer in § 35 des Ersten Buches genannten Stelle von einem Arzt oder einer anderen in § 203 Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches genannten Person zugänglich gemacht worden sind, ist nur unter den Voraussetzungen zulässig, unter denen diese Person selbst übermittlungsbefugt wäre.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. im Rahmen des § 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 für Sozialdaten, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung übermittelt worden sind, es sei denn, dass der Betroffene der Übermittlung widerspricht; der Betroffene ist von der verantwortlichen Stelle zu Beginn des Verfahrens in allgemeiner Form schriftlich auf das Widerspruchsrecht hinzuweisen,
2. im Rahmen des § 69 Abs. 4 und 5 und des § 71 Abs. 1 Satz 3 ...



## Information des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg zum Datenschutz

Sie werden im Folgenden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften gemäß Art. 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) informiert:

**Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist das

Landesamt für Soziales und Versorgung  
des Landes Brandenburg,  
Lipezker Str. 45, Haus 5  
03048 Cottbus

Telefon: 0355 2893-0

Telefax: 0331 27548-4548

E-Mail: [post@lasv.brandenburg.de](mailto:post@lasv.brandenburg.de)

Internet: [www.lasv.brandenburg.de](http://www.lasv.brandenburg.de)

Das Landesamt wird vertreten durch die Präsidentin Frau Liane Klocek.

Mit der **Datenschutzbeauftragten** des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg (LASV) können Sie unmittelbar auf den folgenden Wegen Kontakt aufnehmen:

Landesamt für Soziales und Versorgung  
Gabriele Jaron  
Lipezker Str. 5, Haus 5  
03048 Cottbus

Telefon: 0355 2893-133

E-Mail: [datenschutzbeauftragter@lasv.brandenburg.de](mailto:datenschutzbeauftragter@lasv.brandenburg.de)

Ihre personenbezogenen Daten sind für folgenden **Zweck** erforderlich: **Bearbeitung von Versorgungsangelegenheiten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Gesetzen, die das BVG für anwendbar erklären sowie dem Unterstützungsabschlussgesetz (Un-AbschlG) und dem Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG).**

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstaben a und e sowie Art. 9 Abs. 2 Buchstaben a und b der EU-DSGVO, § 3 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und § 5 Abs. 1 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG), §§ 67 ff. SGB X.

**Ihre Angaben sind freiwillig.** Wenn Sie keine Angaben oder keine vollständigen Angaben machen, können wir Ihren Antrag aber möglicherweise nicht richtig bearbeiten.

Wir geben Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weiter, wenn Sie hierzu eingewilligt haben oder eine gesetzliche Vorschrift eine **Datenübermittlung** ausdrücklich vorsieht.

**Ihre Daten verarbeiten wir nur solange sie für den vorgenannten Zweck** einschließlich etwaiger Rechtsbehelfsverfahren und kostenrechtlicher Abwicklung, zur Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht sowie zur Bearbeitung von Eingaben, Auskunftersuchen und Beschwerden, **erforderlich sind** und darüber hinaus gemäß den gesetzlichen Nachweis- und Aufbewahrungsfristen.

Nach der EU-DSGVO haben Sie **folgende Rechte**:

- Sie können von uns **Auskunft** über Ihre Daten verlangen, die wir gespeichert haben.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **berichtigen**, wenn sie unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **vervollständigen**, wenn sie unvollständig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu **löschen**, wenn wir sie nicht mehr benötigen. Dies könnte insbesondere dann der Fall sein, wenn Sie Ihren Antrag zurücknehmen oder der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen.
- Sie können von uns verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten **einzuschränken**. Das können Sie insbesondere dann tun, wenn Sie verlangt haben, Ihre Daten zu berichtigen und noch nicht geklärt ist, ob die Daten tatsächlich unrichtig sind.
- Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zur Übertragbarkeit **bereitzustellen**.
- Sie können Ihre Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit **widerrufen**. Der Widerruf gilt aber nicht rückwirkend. Er macht die vor dem Widerruf stattgefundenene Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig.
- Sie können der Verarbeitung Ihrer Daten durch uns und der Übermittlung an Dritte jederzeit **widersprechen**.

Bei **Fragen oder Beschwerden** können Sie sich auch an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg

Dagmar Hartge  
Stahnsdorfer Damm 77  
14532 Kleinmachnow

Telefon: 033203 356-0

Telefax: 033203 356-49

E-Mail: [poststelle@lda.brandenburg.de](mailto:poststelle@lda.brandenburg.de)

Internet: [www.la.brandenburg.de](http://www.la.brandenburg.de)